

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/01/2026

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
26.01.2026,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:00 Uhr

Anwesend

Stadtverordnete/r

Frau Carola Behr
Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhard Bertram
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Jannik Gasde
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Rolf Griesenberg
Frau Inga Jensen-Buchholz
Herr Marten Koop
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Herr Tim Schoon
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg
Herr Lasse Thieme
Frau Sophie von Hülsen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Emma Bley
Jules Niehus
Herr Wolfgang Zimmermann

Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Herr Stephan Lentz
Frau Tanja Eicher
Herr Ulrich Kewersun
Frau Yvonne Borgwardt
Frau Petra Rogge
Herr Florian Stephani

Protokollführerin

FFW

Entschuldigt fehlen

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Bellizzi
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Karen Schmick

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Entgegennahme einer Erklärung zum Beitritt zur WAB-Fraktion
6. Festsetzung der Tagesordnung
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/09/2025 vom 24.11.2025
8. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/10/2025 vom 15.12.2025
9. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 9.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 9.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 9.2.1. Finanzbericht
 - 9.2.2. Bericht zur Haushaltslage
10. Umbesetzungen von Ausschüssen
 - 10.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/002/2026**
 - 10.2. Antrag der WAB-Fraktion auf Umbesetzung in den Ausschüssen **AN/003/2026**
 - 10.3. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung in den Ausschüssen **AN/006/2026**
11. Wahl von (stellv.) Ausschussvorsitzen
 - 11.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Wahl des Ausschussvorsitzes des Hauptausschusses **AN/007/2026**
 - 11.2. Antrag der WAB-Fraktion zur Wahl des stellv. Ausschussvorsitzes des Hauptausschusses **AN/004/2026**
 - 11.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Wahl des stellv. Ausschussvorsitzes des Sozialausschusses **AN/008/2026**

- | | | | |
|-------|---|----------------|--------------------|
| 12. | Städtebauliche
"Innenstadt/Schlossbereich" - Fortschreibung der
Vorbereitenden Untersuchungen - Innenstadtkonzept | Gesamtmaßnahme | 2025/110/1 |
| 13. | Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern | | 2025/092 |
| 13.1. | Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage
2025/092 "Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern" | | AN/020/2026 |
| 13.2. | Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage
2025/092 "Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern" | | |
| 14. | Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag AN/096/2025
zur Haushaltsplanung 2026 | | AN/005/2026 |
| 15. | Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltsplanung 2026, hier:
Erstellung Nachtragshaushaltsentwurf (AN/097/2025) | | |
| 16. | Erlass der Haushaltssatzung 2026 - Beschlussfassung über
den Stellenplan 2026 | | 2025/098/1 |
| 17. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 | | 2025/084/2 |
| 17.1. | Antrag WAB-Fraktion AN/070/2025 zum Haushalt | | |
| 17.2. | Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026 | | |
| 17.2. | Antrag SPD-Fraktion AN/009/2026 zum Haushalt
1. | | |
| 17.2. | Antrag SPD-Fraktion AN/010/2026 zum Haushalt
2. | | |
| 17.2. | Antrag SPD-Fraktion AN/011/2026 zum Haushalt
3. | | |
| 17.2. | Antrag SPD-Fraktion AN/012/2026 zum Haushalt
4. | | |
| 17.2. | Antrag SPD-Fraktion AN/013/2026 zum Haushalt
5. | | |
| 17.2. | Antrag SPD-Fraktion AN/014/2026 zum Haushalt
6. | | |
| 17.2. | Antrag SPD-Fraktion AN/015/2026 zum Haushalt
7. | | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach während der Sitzung, aber auch schon vor und nach der Sitzung, grundsätzlich keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Er führt aus, dass, sobald der Raum für die Stadtverordneten geöffnet wurde und bis alle Stadtverordneten nach der Sitzung den Raum wieder verlassen, Bild- und Tonaufnahmen entsprechend nicht gestattet seien.

Bürgermeister Stukenberg gedenkt dem verstorbenen, ehemaligen Stadtverordneten Hinrich Schmick, welcher bis 2023 noch aktiv tätig war.

Bürgermeister Stukenberg bittet alle, sich für den Verstorbenen, ehemaligen Stadtverordneten, Herrn Schmick, für eine Trauerminute zu erheben.

Bürgermeister Stukenberg gratuliert den Stadtverordneten, die im Dezember und Januar Geburtstag hatten, bzw. heute haben.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Stukenberg gibt gemäß § 35 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 8 Abs. 7 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg den folgenden Beschluss aus nicht öffentlicher Sitzung bekannt:

1. Vorlage 2025/102 Haushaltsmittel Anmietung und Umbau Büroflächen Stadtverwaltung Ahrensburg

Um einen verlässlichen Verwaltungsbetrieb nach Auslaufen des aktuellen Mietverhältnisses für das Gebäude „An der Strusbek“ sicherzustellen, werden in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 zusätzliche Haushaltsmittel für Mietkosten, Umbaumaßnahmen und Umzugskosten für Büroflächen in der Immobilie „An der Strusbek 60-62“ in Höhe von insgesamt 750.000 Euro bereitgestellt.

4. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerin Getrud Tammena möchte zum einen wissen, wie lange der Sanierungsvermerk des Amtsgerichts im Grundbuch für Grundstücke in der Innenstadt bestehen bleibt, welche Bedeutung er hat und wie sowie unter welchen Voraussetzungen er gelöscht werden kann.

Zum anderen wird angesprochen, dass in der Presse nichts über die Gründung einer AfD-Jugendorganisation berichtet wurde, insbesondere darüber, dass der Vorsitzende aus Ahrensburg stammt, und wie dazu Stellung zu nehmen ist, wenn solche Jugendverbände offenbar von Ahrensburg aus gesteuert werden.

Bürgermeister Boege antwortet, dass er zum ersten Punkt aus dem Stehgreif derzeit keine Auskunft geben kann; eine konkrete Antwort wird später schriftlich erfolgen. Zum zweiten Punkt besteht zwar eine persönliche Meinung, diese kann jedoch aus Perspektive der Verwaltung nicht beantwortet werden, da es sich um eine politische Frage handelt.

Er gibt bekannt, dass die Einwohnerfragen aus der letzten Sitzung größtenteils beantwortet wurden. Offen ist lediglich noch die Anfrage von Herrn Stukenberg Senior, da diese umfangreicher war. Zusätzlich ging ein Fragenkatalog eines Ahrensburger Bürgers mit sehr vielen Fragen ein. Ein Großteil dieser Fragen betrifft jedoch keine Einwohnerfragen. Der relevante Teil wird noch beantwortet.

5. Entgegennahme einer Erklärung zum Beitritt zur WAB-Fraktion

Bürgervorsteher Stukenberg erklärt, dass es Veränderungen in der Stadtverordnetenversammlung gegeben hat. Er führt aus, dass ihm eine Beitrittserklärung zur WAB-Fraktion vorliegt.

Der fraktionslose Stadtverordnete Detlef Levenhagen ist der WAB-Fraktion beigetreten und dem Beitritt wurde vom Fraktionsvorsitzen der WAB-Fraktion, Stadtverordnetem Egan, zugestimmt. Somit sei Stadtverordneter D. Levenhagen ab sofort Teil der WAB-Fraktion.

6. Festsetzung der Tagesordnung

Die CDU zieht Ihren Antrag AN/097/2025 zurück.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit 1. Änderung der Einladung vom 19.01.2026 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/09/2025 vom 24.11.2025

Einwände gegen die Niederschrift STV/09/2025 vom 24.11.2025 bestehen nicht.

8. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/10/2025 vom 15.12.2025

Einwände gegen die Niederschrift STV/10/2025 vom 15.12.2025 bestehen nicht.

9. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

9.1. Berichte gem. § 45 c GO

--keine--

9.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

9.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht. Der Finanzbericht Nr. 02/2026 wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

9.2.2. Bericht zur Haushaltslage

Bürgermeister Boege berichtet über die Haushaltslage der Stadt Ahrensburg. Der Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

10. Umbesetzungen von Ausschüssen

AN/002/2026

10.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Umbesetzung von Ausschüssen

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/002/2026 der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

AN/003/2026

10.2. Antrag der WAB-Fraktion auf Umbesetzung in den Ausschüssen

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/003/2026 der WAB-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

AN/006/2026

10.3. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung in den Ausschüssen

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/006/2026 der CDU-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

11. Wahl von (stellv.) Ausschussvorsitzen

Bürgermeister Stukenberg erläutert die drei Anträge auf Wahlen für Ausschussvorsitzende, respektive stellv. Ausschussvorsitzende vorliegen und bedankt sich an dieser Stelle bei den bisherigen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden für die geleistete Arbeit.

AN/007/2026

11.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Wahl des Ausschussvorsitzes des Hauptausschusses

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass die CDU-Fraktion das gebundene Vorschlagsrecht für den neu zu wählenden Vorsitzenden des Hauptausschusses innehat. Auf eine Begründung des Vorschlages wird einvernehmlich verzichtet.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/007/2026 der CDU-Fraktion über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Bürgermeister Stukenberg fragt den anwesenden Stadtverordneten Siller, ob dieser die Wahl annimmt. Stadtverordneter Siller erklärt, dass er die Wahl zum Vorsitzenden des Hauptausschusses annimmt.

11.2. Antrag der WAB-Fraktion zur Wahl des stellv. Ausschussvorsitzes des Hauptausschusses

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass die WAB-Fraktion das gebundene Vorschlagsrecht für den neu zu wählenden stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses innehat. Auf eine Begründung des Vorschlages wird einvernehmlich verzichtet.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/004/2026 der WAB-Fraktion über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Bürgermeister Stukenberg fragt den anwesenden Stadtverordneten D. Levenhagen, ob dieser die Wahl annimmt. Stadtverordneter D. Levenhagen erklärt, dass er die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses annimmt.

11.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Wahl des stellv. Ausschussvorsitzes des Sozialausschusses

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion das gebundene Vorschlagsrecht für die neu zu wählende stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses innehat. Auf eine Begründung des Vorschlages wird einvernehmlich verzichtet.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/008/2026 der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Da Frau von Stockum nicht anwesend ist, geht Bürgermeister Stukenberg davon aus, dass Frau von Stockum die Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialausschusses annimmt.

12. Städtebauliche Gesamtmaßnahme "Innenstadt/Schlossbereich" - Fortschreibung der Vorbereitenden Untersuchungen - Innenstadtkonzept

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion hält den Sachvortrag.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest sodann den nachstehenden Beschlussvorschlag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Fortschreibung der Vorbereitenden Untersuchungen/Innenstadtkonzept wird beschlossen und der weiteren Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Innenstadt/Schlossbereich zu Grunde gelegt.
2. Die Stadt Ahrensburg stellt auf Grundlage der Fortschreibung weiterführende Anträge auf Zuwendungen der Städtebauförderung, informiert zeitnah die Gremien (BKSA und BPA) über den Fortschritt des Projektes und stellt die haushalterische Ordnung der kommunalen Anteilfinanzierung in den anstehenden Haushaltsplanungen her.

Abstimmung:	28	Dafür
	0	Dagegen
	0	Enthaltungen

13. Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern

Ein Sachvortrag wird nicht gehalten.

Bürgermeister Stukenberg berichtet, dass die SPD-Fraktion Ihren Änderungsantrag AN/018/2026 zurückgezogen und dafür einen neuen Änderungsantrag AN/020/2026 zur Beschlussvorlage eingereicht hat. (siehe dazu TOP 13.1).

Auch die CDU-Fraktion möchte Ihren Antrag AN/019/2026 noch einmal zur Abstimmung bringen (siehe dazu TOP 13.2).

Bürgermeister Boege weist auf die vorliegende ausführliche Beschlussvorlage und den Bericht zur Haushaltslage hin. Angesichts des erheblichen Investitionsbedarfs in allen Bereichen dient jede zusätzliche Einnahme der Reduzierung künftiger Kreditaufnahmen und einer faireren Lastenverteilung zwischen Gegenwart und Zukunft.

Die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer wird als notwendig, aber verantwortungsvoll bewertet, da die Stadt im Vergleich zu Mittelstädten in Schleswig-Holstein deutlich niedriger liegt und in den vergangenen Jahren Inflationseffekte nicht ausgeglichen wurden. Die Verwaltung hält die Anpassung im Gesamtkontext für angemessen.

Zur Gewerbesteuer wird ausgeführt, dass eine maßvolle Erhöhung aufgrund notwendiger Investitionen in Bildung, Sicherheit und Infrastruktur langfristig angekündigt und transparent kommuniziert wurde. Für eine moderate Erhöhung bestehe grundsätzlich Verständnis; eine drastische Erhöhung würde hingegen den Wirtschaftsstandort gefährden.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Anschließend verliest Bürgermeister Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Hebesatz für Grundsteuer A wird zum 01.01.2026 von 343 % auf 480 % angehoben.
2. Der Hebesatz für Grundsteuer B wird zum 01.01.2026 von 361 % auf 480 % angehoben.
3. Der Hebesatz für Gewerbesteuer wird zum 01.01.2026 von 380 % auf 395 % angehoben.

Abstimmungsergebnis:	17	Dafür
	10	Dagegen
	1	Enthaltungen

**13.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage 2025/092
"Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern"**

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion erläutert den Antrag AN/020/2026 der SPD-Fraktion.

Stadtverordneter Thieme der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion führt aus, dass sich Grundsteuer und Gewerbesteuer grundlegend unterscheiden: Während die Gewerbesteuer inflationsbedingt mit den Unternehmensgewinnen mitwächst, basiert die Grundsteuer auf festen Werten und muss daher regelmäßig angepasst werden, um das Einnahmeniveau zu halten. Die aktuelle Erhöhung erklärt sich daraus, dass die Grundsteuer über einen langen Zeitraum nicht angehoben wurde und nun die aufgelaufene Inflation nachholt.

Eine stärkere Anhebung der Gewerbesteuer wurde grundsätzlich als sozialpolitisch sinnvoll eingeordnet („starke Schultern tragen mehr“). Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass eine Überschreitung des Hebesatzes von 400 problematisch wäre, da dies insbesondere Selbstständige und kleine Unternehmen benachteiligen und die Attraktivität des Standorts für neues Gewerbe mindern könnte. Vor diesem Hintergrund wurde die Entscheidung für einen Hebesatz von 395 als sachgerecht begründet.

Bürgermeister Boege erläutert, dass er eine moderate Erhöhung für vertretbar hält, verweist jedoch auf die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen. Diese seien von 23,3 Mio. Euro im Jahr 2020 auf 33 Mio. Euro im laufenden Jahr gestiegen. Er hebt den wesentlichen Beitrag der Unternehmerinnen und Unternehmer zur Finanzierung der Stadt hervor und bittet, diese Entwicklung sowie den im Vergleich konstanten Stand der Grundsteuer bei weiteren Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen und Maß zu halten.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag und lässt anschließend über diesen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	6	Dafür
	22	Dagegen
	0	Enthaltungen

13.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage 2025/092 "Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern"

Stadtverordneter Schäfer der CDU-Fraktion erläutert den Antrag AN/0192026 der CDU-Fraktion.

Stadtverordneter Thieme von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion weist daraufhin, dass eine zeitliche Streckung der Maßnahmen zwar nachvollziehbar sei, jedoch langfristig zu höheren Steuerbelastungen führen könne, da Schulden lediglich in die Zukunft verlagert würden. Daher wird es als sinnvoller angesehen, jetzt einen größeren Schritt zu gehen, um spätere Mehrbelastungen zu vermeiden. Zudem wurde ausgeführt, dass Gewerbebetriebe ohne Gewinne keine Gewerbesteuer zahlen, sodass hier keine zusätzliche Belastung befürchtet wird. Abschließend wurde betont, dass für die neue Bewertung der bisherige Hebesatz weiterhin als angemessen erachtet wird.

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion äußert Verständnis für den Antrag, zugleich weist er aber daraufhin, dass Steuererhöhungen in der Vergangenheit regelmäßig auf Kritik gestoßen sind. Angesichts der angespannten Haushaltsslage sei es jedoch notwendig, frühzeitig alle finanziellen Spielräume zu nutzen. Der bestehende Finanzbedarf sei spätestens durch das PWC-Gutachten ausreichend belegt, sodass Steuererhöhungen sachlich begründbar seien. Ob eine zeitliche Verschiebung politisch sinnvoller wäre, wird bezweifelt; insgesamt wird betont, dass angesichts der Lage kaum Alternativen bestehen.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Bürgermeister Stukenberg verliest sodann den Antrag und lässt anschließend über diesen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	9	Dafür
	19	Dagegen
	0	Enthaltungen

14. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag AN/096/2025 zur Haushaltsplanung 2026

Stadtverordneter Schäfer der CDU-Fraktion erläutert den Änderungsantrag AN/005/2026 der CDU-Fraktion ausführlich.

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion erläutert die Entstehung des im Antrag genannten Ziels von 10 Mio. € vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der Stadt. Grundlage ist eine PWC-Untersuchung vom 30. Juni, die eine unzureichende Kapitaldienstfähigkeit festgestellt hat, insbesondere durch hohe Investitionen wie den Schulneubau im Heimgarten. Frühere Planungen (u. a. zur Heimatschule) wurden trotz ungeklärter Finanzierung und späterer Kostensteigerungen beschlossen; Kritik daran wurde zurückgewiesen. Auch das vorgelegte Finanzierungskonzept wird als unrealistisch bewertet, da es u. a. keine Personal- oder weiteren Investitionssteigerungen bis 2070 berücksichtigt.

Angesichts zahlreicher Pflichtaufgaben (weitere Schulen, Kinderbetreuung, Straßen, Infrastruktur) sowie der Sicherung sozialer Leistungen wird betont, dass Einsparungen allein nicht ausreichen. Der geänderte CDU-Antrag wird unterstützt, da er eine Perspektive eröffnet, auch wenn nun konkrete Maßnahmen folgen müssen. Einnahmeverbesserungen werden als notwendig angesehen, insbesondere durch Gewerbegebietserweiterungen, die jedoch mit einer klaren Nutzungsplanung unterlegt werden sollten.

Stadtverordneter Egan der WAB-Fraktion erläutert, dass es sich beim vorliegenden Antrag um die zweite Änderung (Antrag 005; zuvor 71 und 96) handelt, der bislang einmal im Finanzausschuss beraten wurde. Dort habe es eine ausführliche, offene Debatte über die konkreten Auswirkungen gegeben. Ziel sei es, diesmal einen sauberen und transparenten Prozess festzuhalten, um erneute Schuldzuweisungen zwischen Politik und Verwaltung zu vermeiden.

Grundsätzlich wird der Ansatz unterstützt, den Haushalt zu konsolidieren. Gleichzeitig wird betont, dass die Verwaltung keinen Konsolidierungsplan ohne politische Beschlüsse erstellen könne; zuständig seien die Ausschüsse. Als geeignetes Verfahren wird das Vorgehen auf Kreisebene genannt: Die Verwaltung erstellt eine umfassende Bruttoliste freiwilliger Leistungen (inklusive rechtlicher und vertraglicher Rahmenbedingungen sowie möglicher Folgen von Kürzungen). Diese Liste dient den Ausschüssen als Arbeitsgrundlage, um fundierte Entscheidungen zu treffen.

Dieses Verfahren soll auch hier angewendet werden. Die Liste soll Ende April vorgelegt werden; anschließend beginnt ein längerer Beratungs- und Konsultationsprozess in den Ausschüssen, inklusive Gesprächen mit Betroffenen (z. B. Vereinen, Schulen). Ergebnisse und Zeitplan sind dabei

offen; der Prozess beginnt Ende April, ist aber nicht zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund wird die Forderung nach einem Nachtragshaushalt bis Ende Juni als prozedural nicht sinnvoll eingeschätzt, da bis dahin noch keine belastbaren Ergebnisse aus dem Beratungsprozess vorliegen können. Gleichwohl danke Stadtverordneter Egan der CDU-Fraktion dafür, den Weg für den Haushalt 2026 freizumachen und den notwendigen Handlungsbedarf anzuerkennen.

Stadtverordneter Egan kündigt im Namen der WAB-Fraktion an, dem Antrag zuzustimmen, verbindet dies jedoch mit dem Vorbehalt, dass der beschriebene Prozess eingehalten wird. Abschließend wird festgehalten, dass ein Nachtragshaushalt – wie jeder Haushalt – regulär in den Ausschüssen beraten und anschließend der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt wird; Dauer und Tempo entsprechen dabei dem normalen demokratischen Verfahren

Stadtverordneter Thieme von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion merkt an, dass der Antrag der CDU-Fraktion ursprünglich abgelehnt wurde und ihm nun zugestimmt wird. Es bestanden zwei zentrale Kritikpunkte: Erstens hätte der Antrag den Haushalt 2026 verhindert, da er auf kurzfristige Maßnahmen statt auf eine zukunftsorientierte Planung ausgerichtet war. Zweitens handelte es sich im zweiten Teil im Wesentlichen um eine Anfrage an die Verwaltung zu freiwilligen Ausgaben, wofür kein formeller Antrag notwendig ist, da dieses Auskunftsrecht ohnehin besteht. Trotz dieser Kritik wird die grundsätzliche Intention des Antrags geteilt, weshalb ihm letztlich zugestimmt wird.

Bürgermeister Boege betont, dass mit der Zustimmung zum Antrag eine seriöse und gut informierte Haushaltsberatung für die kommenden Jahre ermöglicht werden soll. Grundlage dafür sei ein gemeinsames Verständnis im Finanzausschuss sowie eine sachlich fundierte Basis für zukünftige Beratungen. Kritik an zitierten Gutachten weist er zurück: Fehlende Abschreibungen in der Kapitaldienstfähigkeit seien korrekt, da diese nicht zahlungswirksam seien. Als „unrealistisch“ bezeichnete Szenarien seien überholt, da die tatsächliche Entwicklung besser ausfalle als prognostiziert.

Konkret hebt er hervor, dass die laufende Verwaltungstätigkeit 2025 um rund 10 Mio. Euro besser abschneidet als geplant und als in den Gutachten dargestellt. Für künftige Beratungen fordert er ein gemeinsames Grundverständnis zu Unterschieden zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie zu zahlungswirksamen und nicht zahlungswirksamen Positionen. Die Verwaltung sagt zu, transparent vorzuarbeiten.

Zudem verweist der Redner darauf, dass bereits zahlreiche Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung umgesetzt oder auf den Weg gebracht wurden, darunter Gebühren- und Steueranpassungen sowie eine verbesserte Landesfinanzierung. Insgesamt erkennt er den bestehenden Handlungsbedarf an, betont jedoch, dass die Herausforderungen bewältigbar seien und nun gemeinsam und seriös angegangen werden müssten.

Stadtverordneter Bertram der CDU-Fraktion äußert zum Änderungsantrag, das zu diesem bereits ausführlich Stellung genommen wurde. Der angesprochene Punkt ist nicht neu, da eine entsprechende Anfrage bereits vor anderthalb Jahren gestellt wurde, jedoch unbeantwortet blieb. Daher ist es legitim, diesen nun im Änderungsantrag erneut aufzugreifen und einzubeziehen.

Die von Stadtverordnetem Egan angesprochenen Fragen wurden bereits intensiv im Finanzausschuss beraten. Es steht ein mehrstufiger Prozess bevor, der noch in diesem Jahr angestoßen werden soll. In gemeinsamen Gesprächen mit dem Bürgermeister und den Fraktionen soll zunächst geprüft werden, welche Maßnahmen bereits 2026 umsetzbar sind und gegebenenfalls in einen Nachtragshaushalt einfließen können. Diese erste Stufe stellt jedoch noch keinen Abschluss des Prozesses dar.

Das positive Ergebnis des letzten Haushaltsjahres beruht nicht ausschließlich auf echten Einsparungen, sondern auch auf nicht umgesetzten, zweckgebundenen Ausgaben und Investitionen. Ähnliche Effekte gab es auch im vergangenen Jahr, da mehr Maßnahmen geplant als realisiert wurden. Trotz dieser positiven Entwicklung bestehen weiterhin zukünftige finanzielle Herausforderungen, die im Haushalt noch nicht vollständig abgebildet sind.

Der Änderungsantrag ist daher als erster Schritt eines mehrstufigen Verfahrens zu verstehen. Maßnahmen, über die bereits Einigkeit besteht, sollen möglichst früh – insbesondere 2026 – umgesetzt werden, während weitere Punkte in den folgenden Haushaltsberatungen behandelt werden. Die genannte Maßnahmenliste soll dabei nicht vollständig bis zum Sommer abgearbeitet werden, sondern sich zunächst auf zeitnah konsensfähige Punkte konzentrieren.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Anschließend verliert Bürgervorsteher Stukenberg den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und lässt über diesen abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Alle Dafür

15. Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltsplanung 2026, hier: Erstellung Nachtragshaushaltsentwurf (AN/097/2025)

Der Antrag AN/097/2025 wurde von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

16. Erlass der Haushaltssatzung 2026 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2026

Stadtverordneter Egan der WAB-Fraktion hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion gibt an, dass die SPD-Fraktion den Stellenplan ablehnt und begründet dies mit der notwendigen nachhaltigen Haushaltssanierung von mindestens 10 Millionen Euro bis 2029. Einsparungen allein bei freiwilligen Leistungen, etwa in der Sozialarbeit, seien dafür ungeeignet. Stattdessen müsse auch die Erfüllung der Pflichtaufgaben überprüft werden, insbesondere im Bereich Personal. Das erwähnte Gutachten zeige, dass es keinen Spielraum für steigende Kernpersonalkosten gebe, da diese die Finanzierbarkeit des Haushalts gefährden würden.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die hohe Zahl unbesetzter Stellen. Solange zahlreiche bereits beschlossene Stellen – teils seit 2020 – nicht besetzt oder sogar noch nicht einmal ausgeschrieben seien, sei es nicht sachgerecht, neue Stellen zu schaffen. Erst müssten bestehende strukturelle und organisatorische Probleme gelöst werden; andernfalls fehle eine seriöse Grundlage für weitere Personalentscheidungen.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion weist die Kritik an der Zahl unbesetzter Stellen zurück und vergleicht sie mit ähnlichen Argumenten, die bereits im Vorjahr vorgebracht wurden. Aktuell sind von rund 317 Mitarbeitenden 22 Stellen unbesetzt, was weniger als 10 % entspricht und damit unter dem üblichen Wert von 10–15 % auf dem Arbeitsmarkt liegt. Diese Zahl sei daher eher positiv zu bewerten. Zudem seien einzelne Stellen durch Versetzungen oder befristet zur Bearbeitung sozialer Hilfsanträge entstanden. Insgesamt sieht sie im aktuellen Stellenplan keinen gravierenden Kritikpunkt, hebt die erfolgreiche Personalgewinnung hervor und kündigt die Zustimmung der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zum Stellenplan an, verbunden mit der Hoffnung auf eine weiterhin gute Stellenbesetzung im kommenden Jahr.

Bürgermeister Boege betont, dass bereits im August ähnliche – aus Sicht der Verwaltung unzutreffende – Argumente vorgebracht wurden, die nun erneut widerlegt werden sollen. Ein erheblicher Stellenaufwuchs sei ausdrücklich ausgeschlossen worden und entspreche der Vorgabe der Verwaltungsleitung. Der aktuelle Stellenplan enthält keine neuen unbefristeten, dauerhaft städtisch finanzierten Stellen. Neue Stellen ergeben sich ausschließlich durch Umfinanzierungen bereits bestehender Ausgaben, externe Finanzierungen oder Befristungen.

Die Verwaltung nehme mögliche Kostensteigerungen sehr ernst und orientiere sich an den Konsolidierungsempfehlungen des Innenministeriums, wonach Personalausgaben maximal 25 % des Haushalts betragen sollen. Die tatsächliche Personalintensität lag 2024 bei 21,3 % und damit deutlich unter dieser Grenze – auch unter Berücksichtigung jüngster Personalzuwächse.

Zu den im Hauptausschuss genannten 22 Stellen wird klargestellt, dass für 11 Stellen bereits Auswahlentscheidungen getroffen wurden; sie gelten nur deshalb als unbesetzt, weil die ausgewählten Personen noch nicht angetreten sind. Die Zahl tatsächlich offener Stellen sei deutlich geringer und keinesfalls ein „Stellenberg“.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Anschließend verliest Bürgervorsteher Stukenberg nachstehenden Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen (Anlagen 1 bis 5).

Abstimmungsergebnis:	21	Dafür
	7	Dagegen
	0	Enthaltungen

17. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

Ein Sachvortrag wird nicht gehalten.

Stadtverordneter Egan der WAB-Fraktion weist daraufhin, dass bei der Haushaltsberatung der Blick für die Gesamtlinie nicht verloren gehen darf. Der Haushaltsentwurf sieht für die Jahre 2026 bis 2029 steigende Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit vor (von 2 Mio. € bis 10 Mio. €), während die Tilgungsleistungen ebenfalls ansteigen, jedoch geringer bleiben. Ab 2027 entsteht damit jährlich eine positive Liquidität, die es ermöglicht, Investitionen aus Eigenmitteln zu finanzieren und Kredite zu reduzieren. Insgesamt könnten so über mehrere Jahre rund 13 Mio. € eigenfinanziert werden, was auch Zinsersparnisse zur Folge hätte.

Kritisch merkt er an, dass externe Analysen lediglich statische Momentaufnahmen darstellen und die dynamische Entwicklung nicht ausreichend berücksichtigen. Die Stadt befinde sich bereits auf einem positiven finanzpolitischen Kurs, was sich unter anderem in weitgehend eigenfinanzierten Schulbaumaßnahmen zeige. Gleichzeitig wird eingeräumt, dass die langfristigen Zielzahlen noch mit konkreten Maßnahmen unterlegt werden müssen, insbesondere bei Sach- und Personalkosten. Die grundsätzliche Zielrichtung des Haushalts wird jedoch als richtig bewertet; entscheidend sei nun die konsequente Umsetzung in den kommenden Monaten.

Stadtverordneter Schäfer der CDU-Fraktion stellt fest, dass die zuvor vorherrschende pessimistische Stimmung zunehmend einer vorsichtigen Zuversicht weicht. Er erinnert daran, dass der Haushalt 2026 frühzeitig vorgelegt wurde und bereits damals eine solide Grundlage bot. Positiv hervorgehoben werden die Entwicklung der Personalkosten, die Senkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie die Einführung der globalen Minderausgabe als verbindliches und kontrolliertes Planungsinstrument.

Zudem wird auf den nun genehmigungsfreien Haushalt hingewiesen, der lediglich der Kenntnisnahme durch die Kommunalaufsicht unterliegt. Gleichzeitig wird betont, dass die eigentliche Konsolidierungsarbeit nun beginne und weitere, auch schmerzhaft Schritte auf der Aufwandsseite notwendig seien.

Die Fraktion erklärt ihre Zustimmung zum Haushalt trotz Ablehnung der Hebesatzerhöhung, um eine breite Mehrheit und eine verlässliche Grundlage für die kommenden Haushaltsjahre zu schaffen. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass mögliche Entlastungen durch Bund und Land hilfreich sein könnten, die Hebesatzerhöhung jedoch nicht von weiteren Einsparnotwendigkeiten ablenken dürfe.

Stadtverordneter Randschau der SPD- Fraktion stellt fest, dass eine Mehrheit der Stadtverordneten den Ernst der finanziellen Lage inzwischen erkannt hat. Kritisiert wurde jedoch, dass frühere konkrete Warnungen und Lösungsvorschläge lange Zeit zurückgewiesen oder unbeantwortet geblieben seien. Insbesondere fehle bis heute eine klare Antwort auf bestehende Widersprüche zwischen vorgelegten Finanzierungskonzepten und gleichzeitig notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Feuerwehr und Straßenunterhaltung.

Zwar wurde ein aktueller Antrag begrüßt, da er grundsätzlich in die richtige Richtung gehe, jedoch stelle dieser lediglich eine Absichtserklärung dar und enthalte weder konkrete Lösungen noch einen verbindlichen Fahrplan. Die finanziellen Probleme seien seit Jahren bekannt, notwendige Entscheidungen jedoch immer wieder vertagt worden, wodurch sich der Investitions- und Sanierungsstau weiter verschärft habe.

Abschließend wurde die Hoffnung geäußert, dass die nun beschlossenen Schritte im Rahmen eines Nachtragshaushalts und der Haushaltsplanung ab 2027 tatsächlich zu nachhaltigen Verbesserungen führen. Entscheidend sei weniger die kurzfristige Haushaltslage einzelner Jahre als vielmehr die langfristige finanzielle Perspektive der Stadt.

Stadtverordneter Randschau erklärt daraufhin, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen werde.

Herr Egan der WAB-Fraktion betont, dass politische Kommunikation die Bevölkerung ermutigen und Perspektiven aufzeigen sollte und nicht durch übermäßig pessimistische Darstellungen verunsichern darf. Für die Jahre 2027 bis 2029 ist ein Investitions-Booster noch nicht eingerechnet, obwohl entsprechende Mittel grundsätzlich zugesagt sind und künftig entlastend wirken könnten. Zur globalen Minderausgabe wird ausgeführt, dass sie kein Mittel ist, um Einsparungsdebatten zu umgehen, sondern ein Instrument zur realistischeren Haushaltsplanung. Hintergrund ist die strukturelle Unsicherheit kommunaler Haushalte und die Erfahrung, dass die tatsächlichen Jahresergebnisse regelmäßig besser ausfallen als geplant, da Verwaltungen aus Vorsicht vom ungünstigsten Fall ausgehen müssen. Die globale Minderausgabe ersetzt jedoch nicht die Notwendigkeit finanzieller Disziplin.

Bürgermeister Boege weist darauf hin, dass in der Debatte keine neuen Argumente vorgebracht wurden, sondern lediglich bekannte Positionen wiederholt werden. Er widerspricht ausdrücklich den Ausführungen vom Stadtverordneten Randschau der SPD-Fraktion und bezeichnet deren Darstellung in wesentlichen Punkten als unzutreffend. Zudem verweist er darauf, dass bereits im Oktober 2024 konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung, insbesondere im Zusammenhang mit Großinvestitionen, eingebracht und teilweise umgesetzt wurden.

Im Bereich der Infrastruktur seien die Investitionen in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert worden, unter anderem auf rund 22 Millionen Euro,

insbesondere zur Aufarbeitung bestehender Rückstände im Bildungsbereich, bei der Feuerwehr und im Straßenbau. Die gezeichnete Darstellung entspreche daher nicht den tatsächlichen Entwicklungen; politische Meinungsverschiedenheiten seien legitim, die vorgetragenen Fakten jedoch nachweislich falsch.

Stadtverordneter Bertram der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass mit den aktuellen Beschlüssen lediglich die erste Stufe eines notwendigen Prozesses erreicht sei und die eigentliche Arbeit nun beginne. Zwar stelle dies im Vergleich zur Vergangenheit einen wichtigen Fortschritt dar, angesichts dynamischer Entwicklungen bei Einnahmen und insbesondere steigender Ausgaben – etwa durch Inflation, Personalkosten und bereits bekannte sowie zukünftige Projekte – bestehe jedoch weiterhin erheblicher Handlungsbedarf. Ziel müsse es sein, langfristig eine Haushaltssperre zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund warnt der Redner davor, sich zu früh über positive Entwicklungen zu freuen, und betont den Respekt vor den noch ungelösten Aufgaben.

Stadtverordneter Thieme von der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion kündigt an, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion dem Haushalt zuzustimmen, kritisiert jedoch den bisherigen Diskussionsstil. Insbesondere die aus seiner Sicht pauschalisierende und problemorientierte Darstellung der SPD-Fraktion verhindere eine sachliche Auseinandersetzung mit einzelnen politischen Themen und untergrabe gestalterische Politik. Die angekündigte strukturiertere Gesamtbetrachtung der Haushaltslage wird grundsätzlich begrüßt, zugleich wird darauf hingewiesen, dass vergleichbare Prozesse in der Vergangenheit selten zu tatsächlichen Einsparungen geführt haben. Stadtverordneter Thieme appelliert daher an eine sachliche, ruhige und konstruktive Diskussion ohne unnötige Konfrontation, da kommunalpolitisch überwiegend Einigkeit über die grundlegenden Ziele der Stadtentwicklung bestehe.

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion geht auf den Wortbeitrag des Stadtverordneten Thieme ein und betont, dass man sich intensiv und wiederholt mit den vorliegenden Zahlen sowie dem Gutachten zum Infrastrukturerhalt befasst habe und die darin dargestellte Problemlage leider zutreffend sei. Die Frustration resultiere daraus, dass diese Probleme in der Vergangenheit nicht ausreichend anerkannt worden seien. Ziel sei es ausdrücklich nicht, Verantwortung von sich zu weisen, sondern bestehende Gestaltungsräume zu erhalten, soziale Einschnitte zu vermeiden und sicherzustellen, dass kommunale Infrastruktur nicht nur besteht, sondern auch genutzt werden kann. Positiv wird hervorgehoben, dass nun begonnen werde, diese Probleme anzugehen; zugleich wird die Hoffnung geäußert, dass dies künftig konsequent fortgeführt wird.

Es folgen keine weiteren Wortbeiträge.

Der Haushalt wird durch die Beschlüsse 17.1., 17.2.1 und 17.2.2 entsprechend angepasst und um die globale Minderausgabe um den Entsprechenden Umfang der Beschlüsse reduziert.

Danach verliert Bürgervorsteher Stukenberg den nachstehenden Beschlussvorschlag der Vorlage 2025/084/2 über den anschließend inkl. der abgestimmten Änderungen abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2026 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	21	Dafür
	7	Dagegen
	0	Enthaltungen

Nach der erfolgten Abstimmung hebt Bürgervorsteher Stukenberg den Willen zur Einigung zwischen den zustimmenden Fraktionen, der Verwaltung sowie der Verwaltung insgesamt hervor. Der Verwaltung, insbesondere Frau Blossey, wird für die Erstellung des ersten Entwurfs gedankt. Für künftige Haushaltsberatungen wird angeregt, die Ausschüsse stärker einzubinden, um der Stadtverordnetenversammlung fundierte Beschlussempfehlungen vorzulegen. Für die anstehenden Nachtragshaushaltsberatungen wird ein konstruktiverer und besser vorbereiteter Beratungsprozess angestrebt.

17.1. Antrag WAB-Fraktion AN/070/2025 zum Haushalt

Stadtverordneter Dr. Köpke von der WAB-Fraktion begründet den Antrag AN/070/2025 der WAB-Fraktion zum Haushalt 2026.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	20	Dafür
	8	Dagegen
	0	Enthaltungen

17.2. Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026

Bürgermeister Stukenberg beantragt die Befassung der Anträge der SPD-Fraktion en bloc vorzunehmen.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion wünscht eine Einzelbefassung der Anträge.

Bürgermeister Stukenberg lässt über die Verfahrensweise abstimmen.

Abstimmung über die en bloc Befassung der Anträge der SPD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis:	11	Dafür
	16	Dagegen
	1	Enthaltung

Damit hat sich die Abstimmung über die Einzelbefassung erübrigt und Bürgermeister Stukenberg bestätigt, dass die Anträge der SPD-Fraktion einzeln befasst werden.

Bürgermeister Boege merkt an, dass mit der fünften Änderungsliste eine globale Minderausgabe beschlossen wurde. Solange dieses Instrument angewendet wird, sind zusätzliche Kürzungen in einzelnen Positionen nicht sinnvoll, da sonst Doppelkürzungen drohen. Unabhängig vom Inhalt der Einzelanträge sollten diese daher grundsätzlich abgelehnt werden; mögliche konkrete Kürzungen wären gegebenenfalls später gesondert zu diskutieren.

17.2.1. Antrag SPD-Fraktion AN/009/2026 zum Haushalt

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion verliest und erläutert den Antrag AN/009/2026 der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026.

Stadtverordnete Dullweber der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion merkt an, dass der Antrag das Vorreiterkonzept insgesamt in Frage stellt, obwohl zentrale Inhalte – insbesondere zur Mobilität – noch nicht beschlossen und im Umweltausschuss zu beraten sind. Auch vor dem Hintergrund der globalen Minderausgabe ist der Antrag daher abzulehnen.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Antrag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	18	Dafür
	10	Dagegen
	0	Enthaltungen

17.2.2. Antrag SPD-Fraktion AN/010/2026 zum Haushalt

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion verliest und begründet den Antrag AN/010/2026 der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026.

Stadtverordnete Dullweber der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion merkt an, dass die vorgeschlagene Kürzung von rund 38.000 € faktisch nur etwa 19.000 € beträgt, da damit auch Fördermittel entfallen würden. Um Klimaschutz, das Vorreiterkonzept und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung nicht zu gefährden, lehnt die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion den Antrag ab.

Bürgermeister Boege weist daraufhin, dass zusätzlich zur Problematik der Doppelkürzungen die Klimaschutzbeauftragte in einer ausführlichen Stellungnahme dargelegt hat, dass externe Mittel notwendig sind, da die Aufgaben nicht aus internen Ressourcen geleistet werden können.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Antrag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	19	Dafür
	9	Dagegen
	0	Enthaltungen

17.2.3. Antrag SPD-Fraktion AN/011/2026 zum Haushalt

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion verzichtet auf einen Sachvortrag zum Antrag da dieser selbsterklärend sei.

Bürgermeister Boege gibt zu bedenken, dass die beantragte Kürzung die notwendige Flexibilität der städtischen Digitalisierungsstrategie erheblich einschränken würde. Da Digitalisierung dynamisch verläuft und neue Lösungen nicht langfristig planbar sind, sind entsprechende Haushaltsmittel erforderlich, um kurzfristig reagieren und sinnvolle Projekte umsetzen zu können. Auch angesichts der globalen Minderausgabe ist der Antrag daher abzulehnen.

Stadtverordneter Siller der CDU-Fraktion sieht die große Notwendigkeit für die Fortsetzung der Digitalisierung und daher wird die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag und lässt anschließend über diesen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	6	Dafür
	22	Dagegen
	0	Enthaltungen

17.2.4. Antrag SPD-Fraktion AN/012/2026 zum Haushalt

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion erläutert und begründet den Antrag AN/012/2026 der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026.

Bürgermeister Stukenberg der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion meldet sich zu Wort und äußert seine Bedenken dahingehend, dass diese Haushaltsmittel dazu dienen, Stadtverordnete im Falle persönlicher Angriffe rechtlich unterstützen zu können. Angesichts zunehmender Diffamierungen sind 5.000 Euro dafür nicht ausreichend; die Mittel sollen als Vorsorge erhalten bleiben, auch wenn man hofft, sie nie in Anspruch nehmen zu müssen.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	10	Dafür
	18	Dagegen
	0	Enthaltungen

17.2.5. Antrag SPD-Fraktion AN/013/2026 zum Haushalt

Stadtverordneter Randschau der SPD-Fraktion erläutert den Antrag AN/013/2026 der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026 und erläutert diesen.

Bürgermeister Boege merkt an, dass angesichts eines Haushalts von 117 Millionen Euro sehr kleine Kürzungsbeträge unverhältnismäßig sind. Eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit ist für die Stadt zunehmend wichtig, da klassische Kommunikationswege an Wirkung verlieren und künftig eher mehr als weniger investiert werden muss, um Entwicklungen und Leistungen sichtbar zu machen.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	6	Dafür
	22	Dagegen
	0	Enthaltungen

17.2.6. Antrag SPD-Fraktion AN/014/2026 zum Haushalt

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion erläutert den Antrag AN/014/2026 der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	7	Dafür
	21	Dagegen
	0	Enthaltungen

17.2.7. Antrag SPD-Fraktion AN/015/2026 zum Haushalt

Stadtverordneter Randschau merkt an, dass kein Sachvortrag notwendig sei, da dieser Antrag selbsterklärend sei.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag AN/015/2026 der SPD-Fraktion zum Haushalt 2026.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	6	Dafür
	22	Dagegen
	0	Enthaltungen

gez. Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

gez. Yvonne Borgwardt
Protokollführerin